

«Ich will nicht repressiv wirken»

STADTPOLIZEI Claudio Schärli arbeitet seit Anfang März als Brückenbauer bei der Stadtpolizei Zürich. Er ist die Ansprechperson für kulturelle und religiöse Gruppierungen.

Herr Schärli, warum braucht es Sie bei der Stadtpolizei Zürich?

Claudio Schärli: Die Stadt Zürich ist eine weltoffene Stadt. Es gibt Leute aus verschiedenen Religionen, Kulturen und Ethnien. Da besteht Bedarf an Austausch zwischen ihnen und der Polizei.

Ihre Funktion gibt es seit März. Warum erst jetzt?

Zuvor hat man das Thema bearbeitet, etwa mit Community-Policing. Aber durch die Ereignisse in den letzten Jahren und Monaten sind die Themen Islam und Radikalisierung mehr in den Vordergrund gerückt. Deshalb hat die Stadtpolizei Zürich die Lage neu beurteilt und gesehen, dass ein Bedürfnis da ist, das man abdecken müsste.

Wie sind Sie Brückenbauer geworden?

Ich bin früher Streifenwagen gefahren und mir ist aufgefallen, dass die Thematik Religion und Kulturen immer wichtiger wird. Für die Rapportierung oder das Handeln auf der Strasse hätten wir Hintergrundwissen gebraucht, das nicht da war. Das bin ich angegangen, und die Stadtpolizei hat die Zeichen der Zeit erkannt und die Fachstelle ins Leben gerufen.

Was ist Ihre Aufgabe?

Ich bin Ansprechpartner für die religiösen und kulturellen Gruppen und die Polizei. Ich sensibilisiere die Mitarbeitenden der Stadtpolizei und gebe ihnen die Möglichkeit, sich fortzubilden, damit sie gerüstet sind auf der Strasse.

Wer ist Ihre Zielgruppe?

Alle Religionen und Kulturen, die in der Stadt vertreten sind, alle Gruppen und Vereine. Grenzen zu ziehen, ist fast unmöglich.

Interessiert die Polizei vor allem Gruppen mit Konfliktpotenzial?

Die Polizei hat ein grundsätzliches Interesse an solchen Themen. Wichtig ist, dass ich dort bin, bevor etwas passiert. Deswegen bin ich der Präventionsabteilung angegliedert.

Was tun Sie konkret?

Ich besuche Moscheen oder Synagogen oder Weiterbildungen. Ich habe Sitzungen mit anderen Abteilungen der Stadtpolizei oder der Verwaltung, mit anderen Kantonen oder dem Bund. Ich werde an Anlässe von religiösen Gruppen eingeladen. Ich gebe auch Lektionen in Integrationsklassen, wo ich Auskunft gebe über unsere Kultur, Gesetze und was die Polizei macht.

Das hört sich nach viel an.

Wie machen Sie das alleine?

Das Spektrum ist riesig, aber es ist angedacht, dass ich Unterstützung erhalte.

Wie reagieren die Gemeinschaften auf Sie?

Es ist erstaunlich, wie schnell sich herumgesprochen hat, dass es bei der Stadtpolizei einen Brückenbauer gibt. Ich bekomme diverse Anfragen. Die islamischen Gemeinschaften sind anfänglich zum Teil eher skeptisch. Aber spätestens nach dem zweiten Treffen ist das Eis gebrochen.

Woher kommt das Misstrauen?

Kulturell bedingt sehen gewisse Leute in den Behörden eine Gefahr, Schmerz oder sogar Tod. Es ist meine Aufgabe, ihnen zu sagen, dass sie in der Schweiz keine Angst zu haben brauchen vor der Polizei.

Sind Sie deshalb in Zivil unterwegs?

Ja, es ist mir wichtig, nicht repressiv zu wirken. Eine Uniform reicht manchmal schon, um zu verunsichern.



«Miteinander reden ist das Wichtigste»: Claudio Schärli ist als Brückenbauer der Präventionsabteilung der Stadtpolizei angegliedert.

Michele Limina

chern. Es gibt aber Situationen, da hilft die Uniform, etwa wenn ich zeige, wie eine Personenkontrolle funktioniert. Oder als ich eine Lektion gab mit Flüchtlingen, die gehörlos sind. Sie berühren sich jeweils kurz, um miteinander zu kommunizieren. Ich musste zeigen, dass man einen Polizisten auf keinen Fall von hinten in der Waffenregion anfassen darf.

So entstehen Missverständnisse. Passiert das auch Ihnen?

Es gibt viele Stolpersteine, wenn man sich zu wenig vorbereitet. Mir ist am Anfang auch schon passiert, dass ich eine Moschee besucht habe und mit jemandem im Gespräch war. Da stand ich plötzlich auf dem Teppich und hatte die Schuhe noch an, obwohl man die auszieht, bevor man den Gebetsbereich betritt. Ich wurde freundlich darauf hingewiesen, ob ich meine Schuhe ins Regal stellen könne.

Gibt es Barrieren, die Sie nicht überwinden konnten?

Wenn man diese Arbeit macht, darf man keine Berührungängste haben. Es kommt vor, dass ich mit Händen und Füßen spre-

che. Aber grundsätzlich bin ich nicht auf Barrieren gestossen. Ich bin offen und authentisch und versuche nicht, etwas darzustellen, was ich nicht bin. Ich lasse mich auch nicht auf religiöse Diskussionen ein. Ist das Vertrauen da, ist der Umgang herzlich.

Wie nahe kommen Sie an die Gruppierungen heran?

Das kommt darauf an, wie nahe man mich heranlässt. Ich war an Freitagsgebeten, an Generalversammlungen oder religiösen Festen und bei Familien. Aber ich muss akzeptieren, wenn ein Gespräch oder ein Anlass privat ist.

Was sind Anzeichen für eine Radikalisierung?

Wenn mich etwa Mitglieder eines Vereins ansprechen, weil sich Grüppchen gebildet haben, die sich verändern oder Kritik ausüben. Dann suche ich das Gespräch.

Von sich aus agieren Sie nicht?

Ich bin Polizist und weiss, was in der Stadt läuft. Wenn ich etwas feststelle, probiere ich, präventiv Einfluss zu nehmen.

Was passiert, wenn Sie einen Verdacht bestätigen?

Dann involviere ich die Stellen, mit denen ich sowieso zusammenarbeite. Dann analysiert man zusammen jeden Fall, und es werden nötige Massnahmen ergriffen. Ich bin aber nicht für die Ausführung der Massnahmen zuständig.

Wie steht es mit der Radikalisierung in Zürich?

Man kann nicht sagen, es gebe sie nicht. Mehr kann ich nicht sagen.

Winterthur gilt als Jihad-Hochburg. Suchen Sie Parallelen in Zürich?

Ich tausche mich mit den Verantwortlichen in Winterthur aus, wie auch mit der Brückenbauer-Fachstelle der Kantonspolizei. Wir sitzen mehrmals pro Woche zusammen und analysieren die Lage.

Die muslimischen Gemeinschaften sind unter Generalverdacht. Wie gehen Sie damit um?

Die Gruppen fühlen sich zum Teil in eine Ecke gedrängt. Deshalb ist Vernetzung wichtig, dass ich mit ihnen sprechen kann, ihnen zuhören und ihnen dabei behilflich bin, eine Strategie zu entwickeln: etwa einen Tag der offenen Tür zu organisieren oder in den Medien ein Statement abzugeben.

Gibt es Leute, die sich bei der Polizei melden, weil sie sich bedroht oder gestört fühlen von einer Gemeinschaft?

Ja, etwa beim Freitagsgebet, wenn viele Muslime in die Moschee gehen. Viele kommen mit dem Auto, oder es wird laut, weil im Sommer die Fenster offen sind. Es kann sein, dass ich vorbeigehe und das Gespräch suche. Miteinander zu reden, ist das Wichtigste. Es muss nicht gleich die Polizei vorbeikommen. Vieles beruht auf Unwissen. Es ist meine Aufgabe, Wissen zu vermitteln, sei es in der Nachbarschaft oder bei unseren Polizisten.

Interview: Katrin Oller

ZUR PERSON

Claudio Schärli ist 35 Jahre alt, verheiratet und erwartet sein zweites Kind. Er ist gelernter Koch und arbeitet seit 2002 bei der Stadtpolizei Zürich. Zuerst fuhr er in der Sicherheitsabteilung Streifenwagen, die letzten zehn Jahre war er bei der Interventionseinheit Skorpion. *kme*

Neues Gesetz für Gemeinden

POLITIK Der Zürcher Regierungsrat hat den Vollzug des neuen Gemeindegesetzes festgelegt. In rund 200 Paragraphen sind darin etwa die Organisation der Gemeinden, Fusionen, Finanzhaushalt oder Aufsicht und Rechtsschutz geregelt. Der Kantonsrat hatte dem Gesetz mit wenig Begeisterung zugestimmt. Nun muss er die Verordnung dazu genehmigen. Gesetz und Verordnung müssen zeitgleich in Kraft gesetzt werden. Der Regierungsrat plant dies spätestens auf den 1. Januar 2018, weil in diesem Jahr die Erneuerungswahlen der kommunalen Behörden stattfinden.

In der Verordnung sind etwa die finanziellen Beiträge festgelegt, mit welchen der Kanton die Fusion von Gemeinden unterstützt. Um diese zu ermitteln, wurde eine Modellrechnung erstellt. Gemäss diesem Modell rechnet der Kanton in den nächsten 20 Jahren mit Unterstützungskosten von rund 60 Millionen Franken. Diesem Aufwand stünden Einsparungen beim kantonalen Finanzausgleich von jährlich rund 9 Millionen Franken gegenüber.

Kritik von allen Seiten

Das revidierte Gemeindegesetz war im April 2015 vom Kantonsrat ohne Begeisterung verabschiedet worden. In stundenlangen Debatten wurden die meisten Forderungen von links und rechts mit wechselnden Mehrheiten abgelehnt. Das bereinigte Gesetz bringe keine revolutionären Neuerungen, hatten Kritiker aller Parteien moniert. Die SVP hatte geschlossen gegen die Vorlage gestimmt. Mit dem Gesetz würden die Gemeinden ans Gängelband genommen, der administrative Aufwand werde massiv gesteigert und das Milizsystem sogar infrage gestellt. *sda*

Life Sciences im Aufwind

STUDIE Wie eine neue Untersuchung der Standortförderung im Amt für Wirtschaft und Arbeit aufzeigt, zählen die Zürcher Life Sciences zur wachstumsstärksten Industrie im Kanton. Mit aktuell 15 500 Beschäftigten in der Medizintechnik, Pharmaindustrie und Biotechnologie sowie im Grosshandel pharmazeutischer Produkte und medizintechnischer Geräte weist das Zürcher Life-Sciences-Cluster nach der Region Basel schweizweit die grösste Beschäftigtenzahl in der Branche aus. In der Medizintechnik hat Zürich die nationale Führung inne und gehört auf dem internationalen Markt zu den erfolgreichsten Life-Sciences-Standorten. *red*

Stimmfreigabe bei der GLP

ABSTIMMUNG Für die kantonale Volksinitiative der AL, «Bezahlbare Kinderbetreuung für alle», hat der Vorstand der Grünliberalen (GLP) Stimmfreigabe beschlossen. Die Partei stehe zwar hinter dem Anliegen, Familie und Beruf in Einklang zu bringen, schreibt die GLP. Beim Lösungsansatz der AL, der am 25. September zur Abstimmung kommt, handle es sich aber um ein «Bürokratiemonster», das Betriebe und Selbstständigerwerbende zusätzlich belastete. *red*